klartext

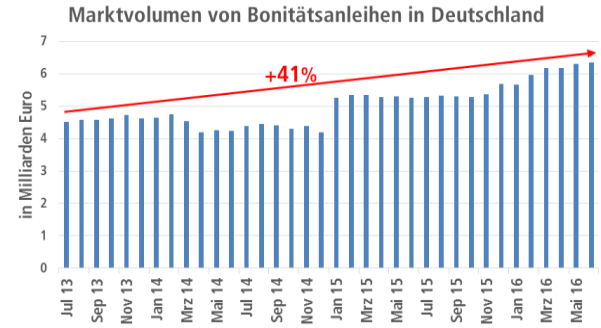
Nr. 32/2016 1. September 2016

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Mehr Verbraucherschutz statt maximaler Rendite

Bereits 8 Jahre ist es her, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Kraft zahlreiche Volkswirtschaften lähmte und Arbeitslosigkeit produzierte. Auch wenn diese Krise im Bewusstsein etwas ins Hintertreffen gerückt ist, so sind die Nachwehen vielerorts bis heute zu spüren. Im Zentrum der Krise standen damals Derivate und strukturierte Wertpapiere, deren Inhalt und Komplexität nur eine Handvoll Banker kannten. Der flächendeckende Verkauf dieser Produkte fungierte schließlich als Krisenmultiplikator. Im Nachgang der Krise gab es allgemeinen Konsens darüber, dass insbesondere Privatpersonen nicht mehr solche Produkte angeboten bekommen sollten. Doch die Realität sieht heute anders aus. Immer noch werden Finanzprodukte an Verbraucherinnen und Verbraucher verkauft, die weder zu ihrer Lebenssituation, noch zu ihrer Risikoneigung passen, jedoch die höchste Provision für das Geldhaus versprechen. Und immer noch werden Bankmitarbeiter unter Verkaufsdruck gesetzt. Das rief vor einiger Zeit den Gesetzgeber auf den Plan, welcher der Finanzaufsicht BaFin die Kompetenz übertrug, Finanzprodukte notfalls im Vertrieb an Privatkunden zu verbieten. Davon will die BaFin nun erstmals Gebrauch machen und Recht hat sie. So will die BaFin Bonitätsanleihen für Privatanleger verbieten. Diese Zertifikate, die auf den Kreditausfall von Unternehmen wetten, seien schlicht zu komplex und zu risikoreich für Verbraucher. Das Volumen dieser Zertifikate beläuft sich aktuell auf beachtliche 6,3 Milliarden Euro. Damit wuchs dieses Marktsegment in den letzten drei Jahren um über 40 Prozent (siehe Abbildung). Doch es geht auch um Zertifikate als Ganzes. Die Finanzbranche befürchtet bereits ein Totalvertriebsverbot sämtlicher Zertifikate und ihre Rechtsabteilungen bereiten sich auf den Ernstfall vor.

Doch damit nicht genug: Banken schlagen neue Wege ein, um ihre Häuser auf Rendite zu trimmen. So drehen sie u. a. an der Gebührenschraube: Die Abschaffung des kostenfreien Girokontos, gebührenpflichtige Überweisungen etc. sind die neuen Praktiken, mit der die Banken in Niedrigzinszeiten Geld verdienen wollen. Niedrigzinsen? Nicht für die Verbraucher mit schmalem Geldbeutel. Diejenigen, die kaum über die Runden kommen und ihren Dispozins in Anspruch nehmen müssen, sollen dafür ordentlich zahlen: Zwischen knapp 9 Prozent und knapp 15 Prozent verlangt eine große deutsche Privatkundenbank. Und das bei einem Leitzins von 0 Prozent. Auffallend ist, dass jene Kunden, die sich über 3.000 Euro Geldeingang im Monat freuen können, zahlen weder Kontoführungsgebühr noch die hohen Dispozinssätze. Wer hat, dem wird gegeben. Soziale Verantwortung sieht anders aus. Statt den Verbraucherschutz auszuhebeln und diskriminierende Preisgestaltung zu praktizieren, sollten Banken darauf bedacht sein, Regulierungsmaßnahmen, die das Finanzsystem sicherer und stabiler machen, fristgerecht umzusetzen. Nur so kann das verlorengegangene Vertrauen wiedergewonnen werden und das Bankensystem seine dienende Funktion für die Realwirtschaft wiedererlangen.



Quelle: Deutscher Derivate Verband

Verantwortlich: Stefan Körzell, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Kontakt: carina.ortmann@dgb.de
Abonnement für „klartext" und „standpunkt" unter: http://www.dgb.de/service/newsletter